

# Nürtinger Liste / Grüne

Fraktion im Gemeinderat Nürtingen

[www.nuertingerlistegruene.de](http://www.nuertingerlistegruene.de)

Dieter Braunmüller	Regine Glück	Peter Rauscher	Hildegard Biermann-Mannsfeld	Helmut Püschel
Auf d. Steinenberg 18	Biberacher Str. 8	Holbeinstraße 32	Einsteinweg 1	Denkendorfer Weg 33
72622 Nürtingen	72622 Nürtingen	72622 Nürtingen	72622 Nürtingen	72622 Nürtingen
(07022) 3 11 51	(07022) 3 72 54	(07022) 3 74 93	(07022) 81 10	(07022) 5 51 86

---

Nürtingen, den 11. November 2008

## Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

### *Banken- und Finanzkrise*

Als vor einigen Wochen der Haushaltsplan 2009 aufgestellt wurde und die Haushaltsberatungen begonnen haben, war die Finanzwelt – scheinbar – noch in Ordnung. Unsicherheit und Unbehagen waren jedoch bereits spürbar. Anfang Oktober kam es zur Eskalation. Zunächst schien alles nur auf die USA beschränkt zu sein. Dies war ein Trugschluss. In rasantem Tempo erfolgte der globale Zusammenbruch des weltweiten Bankensystems und der Finanzmärkte. Auch der Finanzinvestor Permira, der bei der Firma Boss und bei ProSiebenSat1 das Sagen hat, ist in großer finanzieller Bedrängnis. Ebenso das bisherige Vorzeigeeobjekt, die Landesbank Baden-Württemberg.

### *Auswirkungen auf den Haushalt*

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die nationale und internationale Wirtschaft lassen sich noch nicht abschätzen. Der Auftragseingang der deutschen Industrie hat im September den größten monatlichen Rückgang seit 18 Jahren verzeichnet. Die Mehrheit der Deutschen geht davon aus, dass der schlimmste Teil der Banken- und Finanzkrise noch bevorsteht. Die Wirtschaftsinstitute warnen vor einer Rezession.

Die Frage ist, welche Auswirkungen hat die Banken- und Finanzkrise auf das Zahlenwerk des Haushaltsplans 2009? Kann der Kämmerer mit einer Gewerbesteuererinnahme von 16 Millionen Euro rechnen? Ganz gewiss nicht! Vorsicht ist deshalb bei der Ausgabenseite angebracht. Herr Polak hat bei der Einbringung des Haushalts „auf Auswirkungen der schwierigsten Fi-

nanzkrise seit dem Finanzdesaster von 1929“ hingewiesen und legt uns nahe, „**dass ausgabenwirksame Beschlüsse bis auf weiteres restriktiv gefasst werden**“. Auch der OB fordert die Gemeinderäte auf, die Spendierhosen zuhause zu lassen.

Wir haben eigentlich erwartet, dass diese Ermahnungen sofort umgesetzt würden. **Die Overtüre** bei der letzten Sitzung ging jedoch bereits daneben. Bei den Ausgaben für den Ausbau der Sportanlage Neckarau und für die Verlegung des Radweges wurde nicht gespart, sondern zusätzlich 250.000 Euro in den Haushalt 2009 eingestellt, damit ein oder zweimal pro Jahr Wettkämpfe stattfinden können. Weitere Zugeständnisse werden mit Sicherheit noch vor den Gemeinderatswahlen im Juni 2009 trotz blumiger Ermahnungen folgen.

### *Geringe Steuerkraftsumme, geringe Schulden und hohe Rücklagen*

Zwei Eigenschaften prägen unseren Haushalt schon seit Jahrzehnten: Wir haben im Vergleich zu anderen Städten eine **geringe Steuerkraftsumme** und zum anderen **geringe Schulden**. Und meistens haben wir noch beträchtliche Rücklagen auf der hohen Kante. Seit Jahrzehnten leben wir gut damit. Und zwar auf hohem Niveau. Mit der Tatsache, dass unser Steueraufkommen relativ gering ist, müssen wir uns abfinden. Der Kämmerer weiß seit Jahrzehnten geschickt damit umzugehen. Finanzielle Unterstützung erhält er vom Land durch Zuweisungen aufgrund mangelnder Steuerkraft. Diese liegen mit 11,9 Mio. Euro in diesem Jahr um 2,4 Mio. Euro höher als in 2008.

Manchen gefällt dieser Zustand nicht. Durch die Erschließung neuer Baugebiete sollen die Einwohnerzahl und die Gewerbesteuererinnahmen erhöht werden. Der Versuch, der demografischen Entwicklung durch Ausweisung neuer Baugebiete auf der grünen Wiese entgegenzuwirken, geht in die falsche Richtung. Dies führt zwangsläufig zu Überkapazitäten und zu einer **Vernachlässigung von sanierungsbedürftigen innerstädtischen Flächen**.

Auch der vom OB an „manche Zeitgenossen“ gerichtete Vorwurf, sie würden wissentlich verschweigen, dass eine schnelle Vermarktung der Bachhalde die unausweichliche Notwendigkeit zur Folge hätte, weitere Flächen zu erschließen und damit Natur zu versiegeln, ist zurückzuweisen. Der SPD-Vordenker Erhard Eppler hat vor langer Zeit schon vom „Ende der Fahnenstange“ gesprochen, und auch Ministerpräsident Oettinger hat sich zum Ziel gesetzt, den **Flächenverbrauch auf Null** zurückzufahren. Dies bedeutet nicht Stillstand, sondern verantwortungsbewusstes Handeln. Das Festhalten des OB am Flächenfraß ist nicht mehr zeitgemäß. Die Anschuldigungen in der Haushaltsrede des OB sind **unangemessen und brüskierend**. Es soll offensichtlich vorbeugend bereits an einer Dolchstoßlegende gestrickt und ein Sündenbock gesucht werden für den Fall, dass Boss nicht in Nürtingen bauen sollte. Es ist bezeichnend, dass über den von 3300 Bürgern geforderten Bürgerentscheid sang- und klanglos hinweggegangen wird. Bürgernähe ist für uns eine Herausforderung, die im Alltag und nicht bei Kongressen bewiesen werden muss. Der OB verkennt Ursache und Wirkung. Durch

die Ausgrenzung von zwei Fraktionen bei wichtigen Entscheidungen hat er Anfang des Jahres die Zwei-Klassen-Gesellschaft im Gemeinderat eingeführt und elementare demokratische Grundregeln verletzt.

Zu den Haushaltsschwerpunkten nehmen wir wie folgt Stellung:

### Zentralisierung der Verwaltung

Ziel des Projekts der Zentralisierung war die Einsparung von Kosten durch einen Umzug der Bauverwaltung aus dem Mietgebäude in eigene Räumlichkeiten auf dem Rathaus-Areal. Dies bringt zahlreiche Umsetzungen mit sich. Nun steht plötzlich fest, dass der erforderliche Flächenbedarf auf dem Rathaus-Areal ohne einen aufwendigen Dachausbau des Rathauses und einen überzogenen Neubau des Hölderlinhauses nicht abgedeckt werden kann. Das Ziel der Kosteneinsparung hat sich ins Gegenteil verkehrt.

Der von der Verwaltung angestrebte Neubau des **Hölderlinhauses** kommt für uns aus finanziellen und städtebaulichen Gründen nicht in Frage. Wir sprechen uns für eine Sanierung aus. Die fehlende Fläche ist durch die Anmietung von Räumlichkeiten abzudecken.

### Innenstadtentwicklung

Wir nehmen erleichtert zur Kenntnis, dass der Oberbürgermeister in letzter Minute eine Denkpause für den geplanten **3. Bauabschnitt des Kreuzkirchparks** angeordnet hat. Wir sollten hierbei die bisherige Konzeption komplett verlassen und die Vorstellungen der Initiativgruppe Kreuzkirchpark in die Überlegungen einbeziehen. Dazu gehört insbesondere auch die Vergrößerung der Spielplatzfläche, d.h. die Annäherung an den Ursprungszustand. Durch den weitest gehenden Erhalt der gepflasterten Wege rechnen wir mit Kosteneinsparungen.

Aus unserer Ablehnung zum geplanten **Wohnpark Wörth** bei der Steinachmündung haben wir nie ein Hehl gemacht. Aufgrund der Forderung des Landes nach Hochwasserschutzmaßnahmen sollte über die Nutzung dieses Gebietes nochmals gründlich nachgedacht werden. Die vom OB angeregte **Landesgartenschau** legt die Umsetzung der Pläne „Stadt am Fluss“ nahe. Wir beantragen, die abgeräumte Fläche übergangsweise mit einfachen Mitteln als Aufenthalts- und Spielfläche zu gestalten.

Mit dem in Auftrag gegebenen Verkehrsgutachten sollte außer einer Bestätigung für den Ausbau der B 313 bis zur Südumgehung auch eine Aussage für die **Nutzung des Bahngeländes** auf der westlichen und östlichen Seite getroffen werden. Wir warten nach wie vor auf eine Gesamtkonzeption der Stadt. Vorstellbar ist weiterhin eine Mischnutzung von Wohnen und Arbeiten.

## Verkehrsentwicklungskonzept

Das Verkehrsentwicklungskonzept, das 2004 als sehr vordringlich erachtet wurde und seit mehreren Jahren vorliegt, hat das Licht der Öffentlichkeit noch nicht erblickt. Dennoch werden Nordumfahrungen und Tunnelvarianten bereits diskutiert und beträchtliche Beträge in den Haushalt eingestellt. Wir warten hier gespannt auf die zugesagten Verkehrszahlen.

Dennoch könnten unproblematische Maßnahmen für **Fußgänger und Radfahrer** bereits vorgezogen werden, wie z.B. eine sichere Radwegplanung für die Mühlstraße, an der 3 Schulen und mehrere Sportanlagen liegen, und eine Radwegplanung in der Bahnhofstraße in Richtung Zizishausen und Oberboihingen. Für die Fußgänger sind die Durchgänge beim Fuchsloch, dem Bahnhof und dem Saubach eine Zumutung. Zum Schutz der Fußgänger auf dem Schülerplatz sollten zur Verhinderung der unerlaubten Querung von PKWs versenkbare Poller oder eine Schranke installiert werden, die nur von den Busfahrern zu betätigen sind.

## Energie und Umwelt

Die Reduzierung des Energieverbrauchs, die Minderung des vom Klimabündnis vorgegebenen Ziels der Minderung des Kohlendioxydausstoßes um 25 Prozent bis zum Jahr 2020 und die Nutzung alternativer Energien müssen bei der Gebäudebewirtschaftung und beim Neubau von Gebäuden und Wohnanlagen oberste Priorität haben.

Wir bemängeln, dass der Aufstellungsbeschluss für das Gebiet Großer Forst keine bindende Vorgabe für die **Nutzung alternativer Energien** enthält. Wir wiederholen unsere Anregung, für die Dachfläche des geplanten Hochregallagers ein Photovoltaikdach vorzuschreiben und damit verantwortungsbewusst zu handeln. Eine prozessorientierte Energiepolitik und die fachübergreifende Energiearbeit in der Verwaltung ist eines der Hauptziele des von OB Heinrich vorgeschlagenen European Energy Awards. Wir halten die Mitwirkung an diesem Zertifizierungsverfahren für eine gute Sache.

Nach langen Jahren des Wartens wurde endlich ein **Energiebericht** vorgelegt, der eine Grundlage für die Analyse des Energieverbrauchs bieten soll. Noch erfüllt er dieser Bericht die Anforderung nicht in vollem Umfang. Bei der Auswertung der Energieverbräuche wäre auch ein Vergleich mit anderen Gemeinden wünschenswert. Im Rahmen **eines Benchmarking-Projekts** könnte die Frage beantwortet werden: Wo stehe ich als Kommune mit dem Energieverbrauch meiner Gebäude (z.B. Schulen, Kindergärten, Turnhallen) und Einrichtungen (z.B. Freibad, Hallenbad) im Vergleich zu anderen Kommunen?

Der Bau einer **Biogasanlage** mit einer Leistung von 2 MW findet unsere Zustimmung. Der geschätzte Bedarf von 12 MW für das Hochregallager der Firma Boss zeigt den immensen Strombedarf des Warenlagers. Als Ausgleich müssten 6 Biogasanlagen gebaut werden.

## Soziales

Wir freuen uns, dass unsere jahrelange Forderung auf Einführung eines **Sozialpasses** endlich umgesetzt wurde. In Nürtingen leben derzeit 673 Kinder in Familien von Hartz-IV-Empfängern. Der Sozialpass ermöglicht insbesondere diesem Personenkreis die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir bedanken uns bei allen ehrenamtlichen Helfern in sozialen Einrichtungen, wie z.B. dem Tafelladen, dem Tagestreff und der Diakonischen Bezirksstelle für ihren Einsatz.

Der Sozialpass ist jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein der **Kinderarmut**. In Baden-Württemberg ist die Kinderarmut in 2006 um 13 Prozent gestiegen. War 1965 nur jedes 75. Kind auf Sozialhilfe angewiesen, so war es im vergangenen Jahr bereits jedes siebte Kind. Wir würden es begrüßen, wenn durch Spendenaktionen ein Schulfonds gebildet werden könnte, aus dem Kinder aus sozial benachteiligten Familien Mittel für das Mensaessen oder sonstige schulische Aktivitäten erhalten.

## Kinder- und familienfreundliche Stadt

Dieses Jahr sind ermutigende Schritte in Richtung einer kinder- und familienfreundlichen Stadt getan worden. So sind unsere schon seit Jahren geforderten Verbesserungen im Kindergartenbereich endlich punktuell angegangen worden. Der im Juni veranstaltete Bildungskongress hat uns vor Augen geführt, dass wir in Nürtingen jedoch noch einen weiteren **Nachholbedarf** in den Qualitätsstandards unserer Kindertageseinrichtungen haben. Der Orientierungsplan ist vom nächsten Jahr an Pflichtprogramm.

Weitere Schritte müssen nun folgen, d.h. die Leitungsebene muss nun eingeführt werden, damit die Erzieherinnen für die Kinder mehr Zeit haben. Die Reduzierung der Gruppenstärke auf höchstens 25 Kinder dient ebenfalls dem Ziel, dem einzelnen Kind gerechter zu werden.

Bei der weiteren Bedarfsplanung in den Kindertageseinrichtungen ist voraussichtlich darauf zu achten, dass frei werdende Gruppen oder Einrichtungen anderen Aufgaben zuzuführen sind (z.B. beim Wegfall einer Kindergartengruppe im Alter von 3 bis 6 Jahren und stattdessen Neubeginn einer Kleinkindgruppe bis 3 Jahre).

Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass weitere Freie Kindergartenträger, nach den Qualitätsstandards der Stadt, Kindertageseinrichtungen einrichten können. Die Kindererziehung darf jedoch kein Feld der Profiterwirtschaftung sein. Wir lehnen deshalb privatwirtschaftliche Träger ab.

### Schulentwicklung

Die Ganztagesbetreuung wurde auf den Weg gebracht. Die baulichen Voraussetzungen sind geschaffen worden. Zur Erreichung der damit angestrebten Ziele müssen wir uns nun auf eine gute **personelle Ausstattung** der Ganztagesbetreuung konzentrieren. Mit Bedauern haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass bei „Sonntagsreden“ auf die Bedeutung von gutem Essen eingegangen wird, wenn es aber um die Planung und den Bau von Mensaküchen geht, dann neigt der Gemeinderat in seiner Mehrheit zu Sparversionen. Die Bedeutung, die auch das Zubereiten von Essen in der Schule hat, wird immer wieder unterschätzt, dies wurde von uns besonders schmerzlich in der Brennpunktschule Mörikeschule wahrgenommen.

Schwimmunterricht ist für Kinder und Jugendliche wichtig. Wir beantragen, dass im Haushalt für die Schulen zusätzlich ein Betrag eingestellt wird, der die Kosten für den Bustransfer und die Eintrittsgelder für die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule deckt.

### Gewerbebezweckverband

Die ursprüngliche Satzung des Gewerbebezweckverbandes in der Fassung vom 13. April 2000 wurde am 3.12.2003 dahingehend geändert, dass in der Verbandsversammlung nur noch der Oberbürgermeister und die Bürgermeister der Verbandsgemeinden vertreten sind. Wir sprechen uns für die **Wiedereinführung der ursprünglichen Satzung** aus, die eine Beteiligung von Mitgliedern des Gemeinderates bei der Verbandsversammlung beinhaltet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller  
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Anlage: Zusammenstellung der Haushaltsanträge

## Haushaltsanträge

1. Die Spielplätze und Spielgeräte in der Stadt sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand. Wir beantragen, dass im Verwaltungshaushalt der Betrag für die Unterhaltung der Spielplätze auf 120.000 Euro erhöht wird. Im Vermögenshaushalt beantragen wir eine Erhöhung des Betrages für die Beschaffung von Spielgeräten auf gleichfalls 120.000 Euro.
2. Um für die freien Träger einen reibungslosen Ablauf ihrer Betreuungseinrichtungen auch in Zukunft zu ermöglichen, beantragen wir:
  - a) Eine sukzessive jährliche Anhebung des bisherigen Betriebskostenzuschusses um 5 Prozent, bis zur Erreichung eines Betriebskostenzuschusses von 85 Prozent.
  - b) Die Übernahme bzw. Bezuschussung der monatlichen Betreuungsgebühr für sozial schwächer gestellte Familien, die eine Berechtigung für den Sozialpass haben.
  - c) Die Anhebung der Ehrenamtspauschale auf 7,50 Euro.
  - d) Die Übernahme von Kosten für Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten zu 100 Prozent.
3. Wir beantragen, dass im Haushalt für den Schwimmunterricht der Schulen ein zusätzlicher Betrag eingestellt wird, der die Kosten für den Bustransfer und die Eintrittsgelder für die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule deckt.  
Geschätzte Kosten: 25.000 Euro.
4. Wir befürworten die Anregungen von Herrn Dr. Zimmermann in der Stadt Zitattafeln von Hölderlin und Mörike aufzustellen oder anzubringen.  
Geschätzte Kosten: 10.000 Euro.
5. Wir beantragen eine generelle Neukonzeption für den 3. Bauabschnitt des Kreuzkirch-parks unter Einbeziehung der von der Initiativgruppe entwickelten Vorstellungen.  
Verminderung des Haushaltsansatzes um 200.000 Euro.
6. Wir beantragen eine provisorische Gestaltung der abgeräumten Fläche auf dem Gelände „Wohnpark Wörth“ als Spiel- und Aufenthaltsfläche. Mit den im Bauhof lagernden Materialien könnte dies kostengünstig umgesetzt werden.  
Geschätzte Kosten: 20.000 Euro.
7. Wir beantragen die Erstellung eines energiesparenden Beleuchtungskonzepts für die Innenstadt unter Einbeziehung der Weihnachtsbeleuchtung.  
Geschätzte Kosten: 20.000 Euro.

8. Die Radwegführung in der Mühlstraße ist sehr mangelhaft und für die Schüler der drei dortigen Schulen sehr gefährlich. Wir beantragen eine Planungsrate von 50.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um die Verkehrsführung zu verbessern.
9. Wir beantragen eine Erhöhung der Radabstellplätze in der Innenstadt.  
Geschätzter Kostenrahmen: 15.000 Euro.
10. Wir beantragen eine schrittweise Verbesserung der 4 Unterführungen zwischen Innenstadt und Kirchheimer Vorstadt (Fuchsloch, Kirchheimer Straße, Bahnunterführung, Saubach). Insbesondere die Unterführung beim Bahnhof ist abstoßend und für die Zugfahrer eine Zumutung.  
Geschätzter Kostenrahmen: 60.000 Euro.
11. Wir beantragen, dass die Satzung des Gewerbeverbandes „Wirtschaftsraum Nürtingen“ vom 3.12.2003 geändert wird und § 5 „Zusammensetzung und Stimmrecht“ wieder die ursprüngliche Fassung vom 13. April 2000 erhält und dadurch der Gemeinderat wieder in die haushaltswirksamen Entscheidungen eingebunden wird:

*„Absatz 1: Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern und weiteren Mitgliedern der Verbandsgemeinden. Für die weiteren Mitglieder sind Stellvertreter zu benennen. Die weiteren Mitglieder und ihre Stellvertreter werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte aus deren Mitte bestimmt. Weitere Mitglieder entfallen auf:*

*Kohlberg 1*

*Beuren, Großbettlingen, Wolfschlugen je 3*

*Frickenhäuser 4*

*Nürtingen 10“*

Entsprechend soll auch das Stimmrecht wie in der alten Fassung geregelt werden.

Zum Verfahrensablauf beantragen wir:

- a) Der Oberbürgermeister legt dem Gemeinderat regelmäßig die Tagesordnung des Zweckverbandes vor, damit der Gemeinderat Nürtingen seinem Vertreter oder seinen Vertretern gegebenenfalls Weisungen erteilen kann.
- b) Die Protokolle der Sitzungen des GZV, die Haushaltssatzung des GZV werden dem Gemeinderat der Stadt Nürtingen zur Kenntnis gegeben.

Geschätzte Kosten: 2.000 Euro (Mehrkosten für Sitzungsgeld).



12. Wir beantragen erneut eine Verbesserung der Zugänglichkeit der Altstadt und der Innenstadt durch Einfügung eines Streifens mit einem gehfreundlichen Belag in die Pflasterwege.  
Geschätzte Kosten: 100.000 Euro.
13. Die Überquerung des Schillerplatzes ist nur Bussen erlaubt. Um die Sicherheit der Fußgänger in der Fußgängerzone zu gewährleisten beantragen wir, die Überquerung von unberechtigten Fahrzeugen durch versenkbare Poller oder einer Schranke zu verhindern. Poller oder Schranke können nur durch die Busfahrer betätigt werden.  
Geschätzte Kosten: 10.000 Euro.
14. In Ergänzung zum Sozialpass beantragen wir die Einführung eines „Sozialtickets“, wie es bereits in einigen Städten üblich ist. Zwar ist die Arbeitslosenquote in letzter Zeit gesunken. Die Armut und Perspektivlosigkeit bei den Langzeitarbeitslosen nimmt jedoch stetig zu. Zudem sind immer mehr Niedrig-Lohn-Verdiener auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Aus dem Sozialgeld muss immer mehr selbst finanziert werden. Für Fahrgeld, um Termine wahrzunehmen oder auch nur ein bisschen mobil zu sein, bleibt für die meisten nichts übrig.  
Geschätzte Kosten: 10.000 Euro.
15. Wir beantragen, für Kinder und Jugendlichen, deren Familien einen Sozialpass erhalten, kostenloses Mensaessen.
16. Wir beantragen den Verzicht auf einen Neubau des Hölderlinhauses mit Kosten von 4,7 Millionen Euro. Stattdessen beantragen wir, wie ursprünglich vorgesehen, das Gebäude umzubauen und zu sanieren. Hierfür sind in den Haushalt 1,5 Millionen Euro einzustellen.
17. Im Haushaltsplan der GWN werden für Deckendämmung nach EnEV 100.000 Euro eingestellt. Wir beantragen eine Erhöhung auf 250.000 Euro.
18. Wir beantragen im Rahmen eines Benchmarking-Projektes einen Vergleich des Energieverbrauches unserer Gebäude (z.B. Schulen, Kindergärten, Stadthalle) und Einrichtungen (z.B. Freibad, Hallenbad) mit anderen vergleichbaren Objekten von anderen Kommunen vorzunehmen.  
Kostenansatz: 10.000 Euro.